

Kolja Rosemann

Zu mir:

Ich bin Kolja, 30, Vater und Rechtsanwalt. Ich bin seit Sommer als Volljurist beim Mieterverein Mieter helfen Mietern tätig und im Team unserer Bürgerschaftsfraktion, welches im Untersuchungsausschuss gemeinsam den Skandal um die „cum-ex“-Millionen und die Korruption der SPD, Olaf Scholz und der Warburg Bank aufarbeitet. Daneben bin ich seit fast anderthalb Jahren im Bezirksvorstand Altona, ich organisiere unsere Veranstaltungsreihe „Wir können auch anders“ und kümmere mich um die Social-Media-Kanäle unseres Bezirkes.

Politisch:

In meinen Beratungen im Mieterverein bekomme ich in fast jedem Gespräch zu hören, dass die Heizkosten die Menschen in finanzielle Nöte bringen. Während Renter:innen in die Armut getrieben werden oder bereits schon lange unterhalb der Armutsgrenze leben und angesichts der steigenden Kosten verzweifeln, bekomme ich auch inzwischen immer mehr Erwerbstätige mit, die sich ihre Miete kaum noch leisten können. Der Krieg in Ukraine und die steigenden Gaspreise sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Schon in den vergangenen Jahren haben die immer weiter steigenden Mieten viele Millionen Menschen an die Grenze zur Armut getrieben. Ursache sind die Eigentumsverhältnisse, gegen diese muss sich unsere Arbeit wenden. Rettungspakete und Mietendeckel können nur vorübergehend für Linderung sorgen, doch Wohnungen und Häuser gehören in die Hände der Gesellschaft und uns Mietern.

Die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte hat uns in einen Dauerzustand aus Krisen getrieben. Die sinkenden Reallöhne und steigenden Preise führen dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung trotz Vollzeittätigkeit in die Armut gedrängt wird. Während Konzerne ihre Aktionäre mit immer üppigeren Gewinnen überhäuft, müssen Arbeiter:innen Sozialleistungen beantragen, weil sie mit ihrem Gehalt nicht mehr leben können. Hier müssen wir die Klassenfrage in den Vordergrund stellen und für eine solidarische Wirtschaft kämpfen, die auf Zusammenhalt beruht, nicht auf Ausbeutung. Gegen die Umverteilung von unten nach oben und Ausbeutung. Uns stehen schwierige Zeiten bevor, aber auch die Chance gemeinsam einen effektiven Widerstand gegen die herrschende Politik anzufachen.

Dabei dürfen wir auch unsere internationalen Genoss:innen nicht aus den Augen verlieren. Während die deutschen Medien nur noch über den Angriff Russlands auf Ukraine berichten, greift das NATO-Mitglied Türkei in Syrien die kurdischen Gebiete an. Andere Kriege werden mit unvermittelter Härte weitergeführt. Es ist unsere Aufgabe, die Werte der Friedensbewegungen zu verteidigen: die Verurteilung von Kriegstreibern, die Unterstützung demokratischer Bewegungen auf der ganzen Welt und der Einsatz für Friedensgespräche statt Kriegstreiberei.

Ich möchte mich im Landesvorstand für eine solidarische und bessere Welt einsetzen. Damit fange ich in unseren Diskussionen und unserer Zusammenarbeit. Beleidigendes Verhalten oder die Grenzen unserer Genoss:innen überschreiten ist nicht akzeptabel und darf nicht mehr toleriert werden. Der Landesvorstand hat eine Vorbildfunktion, jedem dort muss klar sein, dass er seine Funktion nicht ausnutzen darf um andere Genoss:innen zu bedrängen. Dies muss eine Lehre aus der #linkemetoo-Debatte sein. Ich werde mich darauf achten, dass die Landessprecher:innen von Beginn an jedes diskriminierende Verhalten unterbinden. Ferner ist es Aufgabe des Landesvorstandes, die Initiativen und Aktionen der Mitglieder zu unterstützen und zu zeigen, dass wir eine Mitgliederpartei sind.